Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7890**
16. Wahlperiode 24. 01. 2008

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Lothar Bisky, Dr. Diether Dehm, Heike Hänsel, Inge Höger, Dr. Hakki Keskin, Michael Leutert, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Keine deutschen Soldaten für eine schnelle Eingreiftruppe zur Verfügung stellen – Rechtswidrige Kriegshandlungen beenden

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. keine deutschen Soldaten dem ISAF-Kommando für den Austausch der norwegischen schnellen Eingreiftruppe (Quick Reaction Force) zur Verfügung zu stellen;
2. das Bundesministerium der Verteidigung anzuweisen, keine deutschen Soldaten am sog. Targeting, das heißt: an gezielten Tötungen zu beteiligen;
3. den Deutschen Bundestag und seine Ausschüsse rechtzeitiger, wahrheitsgemäß und umfassend über alle Planungen, die im Zusammenhang mit den ausgestellten Mandaten stehen, zu informieren.

Berlin, den 23. Januar 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

1. Der Einsatz einer deutschen schnellen Eingreiftruppe verstrickt unser Land noch tiefer in den sogenannten Antiterror-Krieg und damit in die direkte Kriegsbeteiligung. Er überdehnt das gegebene Bundestagsmandat für den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr.
2. Die Entsendung einer deutschen schnellen Eingreiftruppe stellt eine neue Qualität des deutschen Militäreinsatzes in Afghanistan dar. Sie geht über die militärische Absicherung humanitärer Unterstützung und des Wiederaufbaus hinaus. Damit wird sie zu einem Kampfauftrag und kann zum Türöffner für eine landesweite Beteiligung an schweren Kämpfen werden.
3. Das Zurverfügungstellen einer schnellen Eingreiftruppe verwischt weiterhin die Grenzen zwischen den Mandaten ISAF und OEF, auf deren Trennung das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 3. Juli 2007 beruht.

4. Die Beteiligung am sog. Targeting, an gezielten Tötungen, verstößt gegen alle Regeln des Völkerrechts, indem Menschen unmittelbar dem Tode preisgegeben werden.

5. Die Mitglieder des fachlich zuständigen Auswärtigen Ausschusses haben erst über die Presse von den Planungen des Verteidigungsministeriums zum Einsatz einer schnellen Eingreiftruppe erfahren. Wiederholt hat die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag wichtige Informationen zum Afghanistan-Krieg vorenthalten.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333